

Fabian Dittrich

Was ich im Studium

BWL

hätte lernen sollen

Betriebswirtschaftslehre
für alle, die es noch mal wissen wollen

Fabian Dittrich

Was ich im Studium hätte lernen sollen

mit Anmerkungen aus dem Giftschränk von Egon W. Kreuzer

Erstausgabe

April 2017

EWK-Verlag GmbH, Elsendorf

© EWK-Verlag GmbH

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindung

SDL, Berlin

Schaltungsdienst Lange o.H.G.

ISBN

978-3-938175-79-8

Inhalt

1 Vorwort	6
2 <i>Wirtschaft: von und für Menschen</i>	9
Wie viel Mensch steckt in der BWL?	11
Was treibt uns an?.....	17
Die richtigen Anreize setzen	25
Wenn der Bauch unser Handeln leitet	32
3 <i>Unternehmergeist</i>.....	41
Unternehmen – alle gleich, alle anders	45
Management – die Kunst, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.....	61
Wertschöpfung – aus Teilen ein Ganzes machen.....	67
Sind Sie jetzt dran?	77
4 <i>Marktwirtschaft</i>.....	81
Soziale Marktwirtschaft.....	89
Menge und Preis.....	101
Wie Märkte Wohlfahrt schaffen	118
Wann Märkte versagen	137
Wir steigern das Bruttosozialprodukt	146
5 <i>Börse: der beste und schlechteste Markt der Welt</i>.....	162
Aktien und Anleihen – die Börsen-Klassiker	164
Hinter Börse steckt noch viel mehr	173

6 Arbeit ist auch ein Markt.....	188
Arbeitslosigkeit	188
Gewerkschaften	194
Die Regulierung des Arbeitsmarkts	199
7 Marketing.....	212
Das richtige Produkt	218
Der Preis ist heiß	230
Kommunikation durch Werbung.....	244
Der Vertriebsweg ist das Ziel	261
8 Geld.....	278
Wozu Geld?	279
Woher kommt das Geld?	283
Wer bewacht das Geld?	287
Was kostet Geld?.....	294
9 Bücher, die die Unternehmenswelt bedeuten	324
Vermögen – das, was man hat.....	330
Gewinn – das, was man erwirtschaftet	343
Liquidität – das, was auf dem Konto landet	359
Alles steht in den Büchern	364
Finanzwirtschaft – die ganzheitliche Betrachtung	372
10 Staat und Steuern	382
Wo fängt Staat an, wo sollte er aufhören?	383
Steuern.....	394
Staatsschulden	406

11 Globalisierung.....	417
Handel.....	422
Wechselkurse	432
Internationale Organisationen.....	441
12 Danksagung.....	455

Wann Märkte versagen

Auf den vergangenen Seiten wurden zahlreiche Vorzüge des wirtschaftlichen Wettbewerbs beschrieben. Allerdings erleben viele Menschen Wettbewerb mit seinen ständigen Veränderungen auch als anstrengend – um es mal gelinde auszudrücken. Auch wenn dieses Unwohlsein extrem schwer zu messen ist, sollte ein guter Ökonom solche Aspekte immer im Auge behalten. Was nützt uns großer materieller Reichtum, wenn alle unglücklich sind? Solche Gedanken finden auch in der Idee der sozialen Marktwirtschaft ihren Ausdruck. Die Diskussion über eine ‚optimale Wettbewerbsintensität‘ sollte jedoch nicht als Deckmantel für eine Pauschalkritik dienen. Gerne vorgetragen wird beispielsweise, Wettbewerb führe zu Verschwendung. Denken Sie an den beschriebenen Schweinezyklus oder an den Internet-Boom Ende der 1990er Jahre, wo Milliarden in nicht funktionierenden Geschäftsmodellen versenkt wurden. Dies sind völlig korrekte Beispiele, jedoch wäre die Alternative eine illusorische perfekte Welt, d. h., funktionierende Planwirtschaft. Um die Vorzüge der Marktwirtschaft zu genießen, wird es nie ohne ein gewisses Maß an Verschwendung gehen.

Gerne wird von Wettbewerbskritikern auch ein recht gegenteiliges Argument ins Feld geführt: zu harter Wettbewerb gebe den Unternehmen nicht genug Luft, mal etwas zu wagen. Schon kleine Verluste können den Untergang bedeuten. Wenige große Anbieter, die sich untereinander „gut verstehen“, seien im Sinne der Innovation also gar nicht so schlecht. Dieses Argument ist ebenfalls ziemlicher Unsinn. Denn in einer

funktionierenden Marktwirtschaft schaffen es gute Ideen immer, Kapital von Dritten anzulocken (Kredit, Unternehmensbeteiligung etc.). Wie sonst kam es im oben beschriebenen Internet-Boom zu solch hohen Investitionen – selbst in anscheinend weniger gute Ideen?

Die Finanzierung ist also kein pauschales Problem in der Marktwirtschaft. Kritisch kann es hingegen an anderer Stelle werden. Nämlich dann, wenn andere die Früchte fremder Investitionen erhalten. Die Rede ist von *geistigem Eigentum* bzw. allen Dingen und Ideen die aufwendig zu erschaffen, aber leicht zu kopieren sind. Wenn man eine Milliarde in die Entwicklung und Zulassung eines neuen Medikaments investiert, muss man saftige Preise dafür nehmen. Sonst ist man ziemlich schnell pleite. Als Resultat haben neue Medikamente eine riesige Gewinnspanne. Die Herstellkosten des Wirkstoffs mögen bei wenigen Cent liegen, doch der hohe Preis wird benötigt, um die vergangenen Forschungsausgaben wieder herein zu holen. Für Wettbewerber sind solche Gewinnspannen ein gefundenes Fressen: Medikamente, Marken, Software, Medien – alle können für wenig Geld kopiert werden. Warum also ein Medikament für teures Geld selber entwickeln, wenn ein erfolgreicher Wirkstoff einfach nachgebaut werden kann? Ein valides Argument, doch führt dies im Umkehrschluss dazu, dass niemand mehr ein Medikament entwickelt. Hier versagt der Markt. In einer komplett unreglementierten Marktwirtschaft würde keiner in aufwendige Entwicklung investieren, wenn vor allem andere davon profitieren.

Nun wäre ein Leben ohne Software, Medien und Marken recht langweilig, ohne Medikamente sogar gefährlich. Daher

gibt es schon seit dem Mittelalter *Schutzrechte* für geistiges Eigentum (englisch: „*intellectual property*“). Davor gab es den heutigen Beruf des Autors nicht. Bücher wurden von reichen Leuten zum Spaß geschrieben bzw. finanziert und konnten dann frei kopiert werden – natürlich mit künstlerischen Ergänzungen des Abschreibers. Auch technische Erfindungen wurden nicht von Geschäftsleuten vorangetrieben, sondern von Tüftlern. Der Entwicklung von Schutzrechten am geistigen Eigentum wird eine zentrale Rolle in der rasanten wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung der letzten Jahrhunderte beigemessen. Alleine der Begriff „Eigentum“ im Namen zeigt bereits, welchen Wert Ideen in einer modernen Marktwirtschaft haben. Schutzrechte gewähren dem Schöpfer bzw. Eigentümer eines immateriellen Gutes das Recht zur alleinigen Nutzung. Unterschieden werden das *Urheberrecht* für geistige Schöpfungen im Bereich der Medien und gewerbliche Schutzrechte. Gewerbliche Schutzrechte können sich als *Patent* auf technische Erfindungen beziehen, aber auch auf *Marken* und ähnliches.

Wirtschaftlich betrachtet, gewähren alle Schutzrechte ihrem Besitzer für die Dauer ihrer Gültigkeit ein Monopol. Getreu nach dem Motto „lieber etwas Unvollkommenes, als gar nichts“, beschränken Schutzrechte den Wettbewerb. Monopolgewinne und eingeschränkte Menge werden im Kauf genommen, da es im Wettbewerb nicht mal das gäbe. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Schutzrechte von nahezu allen Wirtschaftswissenschaftlern als sinnvolles Mittel betrachtet werden. Allerdings gehen die Meinungen über Umfang und Dauer weit auseinander. Urheberrechte gelten meist bis 70

Jahre nach dem Tod des Urhebers – Mickey Mouse sei Dank. In den USA wurde nämlich die letzte Verlängerung der Schutzspanne wesentlich von Walt Disney vorangetrieben. Ansonsten wären die frühen Mickey Mouse-Werke bereits heute öffentlich und hätten daher nicht mehr an Fernsehsender verkauft werden können. Aber auch in diesem Fall wären nur die Medien frei zugänglich gewesen. Einfach eine Mickey Mouse auf den Joghurt drucken geht nicht. Denn Mickey Mouse ist auch als Marke registriert. Marken können beliebig oft verlängert werden, solange sie aktiv vom Besitzer genutzt werden.

Während die lange Schutzdauer für Urheberrecht und Marken vergleichsweise wenig umstritten ist, sieht dies bei Patenten ganz anders aus. Frühe Aids-Medikamente hätten beispielsweise den Ausbruch von Aids bei Millionen HIV-positiver Menschen verzögern oder gar ganz verhindern können. Doch die Medikamente waren patentgeschützt und wurden von den Erfindern nur für teures Geld abgegeben. Es dauerte Jahre, bis flexible Lösungen für ärmere Länder gefunden wurden. Andererseits wären die Medikamente ohne die Monopolpreise möglicherweise nie entwickelt worden. Es ist notorisch schwer, ein optimales Gleichgewicht zwischen Monopolgewinnen und Innovation zu finden. Patente gelten meist 20 Jahre, doch die Spanne, ab wann sich die Entwicklungskosten rentieren, schwankt. In vielen Fällen trägt die Gesellschaft daher zu hohe Kosten – im Fall der Medikamente bedeutet Monopol im Extremfall für arme Menschen den unnötigen Tod. Andererseits droht bei zu geringem Patentschutz die Gefahr, ganz auf wertvolles neues Wissen und Produkte zu verzichten.

Auch zieht ein Patentsystem Ineffizienz und Missbrauch an. Um eine technische Methode abzusichern, werden oft auch alle in der Entwicklung probierten Alternativen patentiert – damit kein Wettbewerber vielleicht doch etwas daraus machen kann. Teilweise gibt es regelrechte Patentschlachten, in denen sich die Teilnehmer alles patentieren lassen, was geht. So legen sie ein rechtliches Minenfeld, welches einzig der Abschreckung von Wettbewerbern dient. Zudem versuchen sich Unternehmen immer wieder triviale Dinge patentieren zu lassen. Berüchtigt ist das „1-Klick-Patent“ des Internethändlers Amazon. Dem Unternehmen gelang es, sich in den USA den online Einkauf mit nur einem Klick patentieren zu lassen. Wie bei vielen Software-Patenten ist es sehr fragwürdig, ob die Innovation nicht auch ohne Patentschutz passiert wäre. Denn Amazon wird seinen Mitarbeiter wohl kaum sagen: „Hören Sie auf zu denken, wir sind nicht geschützt, falls Sie eine Idee haben.“

Schutzrechte definieren einen klar umrissenen Eigentumsanspruch, der in vergleichsweise einfacher Weise vor Gericht geltend gemacht werden kann. Das macht Eigentumsrechte wertvoll. Regelmäßig findet geistiges Eigentum daher Verbreitung über *Lizenzen*. Z. B. wenn ein Unternehmen auf sein Shampoo die Schlümpfe druckt oder wenn ein Maschinenbauer einen patentierten Mechanismus verwenden will. Es gibt sogar Unternehmen, die nichts selber produzieren, sondern nur Lizenzen verkaufen. Die gute Version dieser Unternehmen sorgt für die Verbreitung von Ideen, die schlechte verkauft Passierscheine für Patent-Minenfelder. Moderne Brückentrolle sozusagen. Während für große Unternehmen

viel auf dem Spiel steht und Patentstreitigkeiten häufig vor Gericht landen und zu Millionenzahlungen führen, wird es im Kleinen und im Ausland sehr schwierig. Während es ein Modelabel noch als Ritterschlag empfinden mag, wenn die erste Kopie seiner Marke auftaucht, kann in anderen Fällen Produktpiraterie zu einem echten Problem werden. Beispielsweise wenn Maschinen- oder Autoteile von minderer Qualität sind oder gefälschte Medikamente gefährliche Stoffe beinhalten.

Besonders relevant ist das Problem für digitale Medien, denn hier geht echter Umsatz verloren. Ein illegales MP3-Lied ist genauso gut wie ein gekauftes. Die Musikbranche durchlebte aufgrund der Produktpiraterie im Internet ab den späten 1990er Jahren einen tiefgreifenden Wandel. Musikverkäufe sanken und die Bedeutung von Konzerten als Einnahmequelle nahm zu.



Die vorteilhaften Effekte von Wissenschaft und Forschung auf die Volkswirtschaft lernt man im BWL-Studium meist als Beispiel für positive Externalitäten kennen. *Externalitäten* beschreiben Situationen, in denen die Entscheidung eines Marktteilnehmers einen nicht-kompensierten Einfluss auf andere Marktteilnehmer hat. Dadurch ist die eigene Entscheidung nicht optimal im Sinne der Allgemeinheit. Im Beispiel gibt es im freien Wettbewerb ohne Schutzrechte zu wenig Forschung und Innovation. Die Theorie der *Verfügungsrechte* (englisch: „property rights theory“) befasst sich mit dem Thema. Denn das Kerninstrument sowohl positive externe Effekte zu bewirken als auch negative externe Effekte zu verhindern, ist das geschickte Zuweisen von Rechten und Pflich-

ten. Im Idealfall werden durch Rechte und Pflichten aus *öffentlichen Gütern* private Güter. Ein *privates Gut* zeichnet sich dadurch aus, dass es in der Menge begrenzt ist und man gleichzeitig andere vom Konsum ausschließen kann. Märkte mit privaten Gütern funktionieren aus Wohlfahrtssicht zu meist sehr gut.

Bei einem echten öffentlichen Gut ist weder der Konsum begrenzt, noch kann man jemand ohne großen Aufwand davon ausschließen. Ein Beispiel wäre das Straßennetz einer Kleinstadt (ohne Stau, versteht sich). Jeder kann es nutzen so viel er will. Der Staat sollte hier für ein Angebot sorgen, weil keiner sonst dafür zahlen würde. Alternativ kann er die Rahmenbedingungen schaffen, damit das öffentliche Gut am Markt angeboten wird. Die diskutierten Patente sind ein solches System, da sie Exklusivität beim Konsum generieren.

Das Angebot echter öffentlicher Güter klappt meist ganz gut. Problematisch sind hingegen öffentliche Güter, bei denen Rivalität im Konsum besteht. D. h., die Menge ist begrenzt während der Zugang für jeden frei ist. Es kommt zu einem Überkonsum. In den Straßen der Großstadt führt dies zu Stau. Ein Überkonsum kann aber auch sehr gefährlich sein und wirtschaftliche Grundlagen zerstören. Ein Lehrbuchbeispiel ist die Jagd. Die individuell rationale Verhaltensweise – so viel jagen wie es geht – hat einen negativen Einfluss auf alle anderen. Denn irgendwann sind kaum mehr Tiere da. Würde sich jeder anders verhalten und nur nach einer Quote jagen, so könnte insgesamt eine bessere, nachhaltige Situation erreicht werden. Das Jagdbeispiel beschreibt einen klassischen negativen externen Effekt. Diese sind an vielen Stellen im Umweltbereich

relevant. So ist es einer Fabrik am oberen Flusslauf zunächst einmal egal, ob sie giftige Abwässer in den Fluss leitet. Die Fische und Fischer flussabwärts finden das aber weniger lustig, ganz abgesehen von den Kindern im Natur-Bad. Die Produktion der Fabrik hat durch ihre Umweltverschmutzung negative externe Effekte auf Produktion und Konsum flussabwärts. Im BWL-Studium schlägt man sich an dieser Stelle mit *Produktionsfunktionen* herum. Diese beschreiben mathematisch, wie sich der Output zum Einsatz verschiedener Inputfaktoren verhält. Im Fall von Externalitäten sind die Produktionsfunktionen verschiedener Produzenten voneinander anhängig. Im Beispiel hat die Fabrik direkt Einfluss auf die eingesetzte Produktionsfaktor-Menge bzw. -Qualität der Produzenten flussabwärts. Sie steuert ungefragt Gift bei. Dies unterscheidet echte externe Effekte vom normalen Marktgeschehen. Dieses hat zwar Einfluss über Preise, jedoch nicht direkt auf die eingesetzten Faktoren.

Versagt der Markt, so wird aus der unsichtbaren Hand ein unsichtbares Wildschwein. Unkontrolliert stürmt es durch die Wirtschaft und verursacht Schaden. Böses will es jedoch nicht, ihm fehlen nur die Preisinformationen. Im Fluss-Beispiel kann daher einfach Abhilfe geschaffen werden, oder komplizierter ausgedrückt, kann der externe Effekt *internalisiert* werden. Der Staat reguliert die Nutzung des Flusswassers und lässt nur die Zuführung von geklärtem Abwasser zu. Dies entspricht einem sehr hohen Preis für die Verschmutzung, welche nur noch illegal möglich ist. Die Fabrik trägt daher lieber die Kosten der Abwasserreinigung und stellt möglicherweise die giftige Produktion auf ein umweltverträgliches

Verfahren um. Dies ist für die Fabrik teurer, spart der Gesellschaft insgesamt aber Geld. Die Wohlfahrt ist höher als ohne die Regulierung.

Komplizierter wird es, wenn eine große Zahl von Wirtschaftsteilnehmern oder gar die ganze Welt betroffen ist. So ist es jedem einzelnen Unternehmen, Menschen und häufig auch Land zunächst einmal völlig egal, wie viel CO₂ man ausstößt. Warum auch? Neben den Milliarden anderer Menschen und Millionen anderer Unternehmen hat das eigene Verhalten keinen merkbaren Einfluss auf die weltweite CO₂-Menge. Allerdings wäre es für alle vorteilhaft, wenn man mit vereinten Kräften die CO₂-Menge und damit hoffentlich eine negative Klimaveränderung verringert. Nach der Property Rights Theorie ist die Lösung einfach. Man einigt sich auf eine Gesamtmenge, die über einen Marktmechanismus weltweit auf alle Beteiligten verteilt wird – d. h., es werden Nutzungsrechte zugeteilt. So wird die gesetzte Menge genau von denen produziert, die am meisten für das Verschmutzungsrecht zahlen und folglich auch den größten Wert damit schaffen. So die Theorie. In der Praxis kämpfen solche Mechanismen jedoch mit mangelnden Kontroll- und oft auch Sanktionsmechanismen. Selbst wenn einige die Sache relativ ernst nehmen, wie beispielsweise Europa im Fall der CO₂-Reduktion, verhalten sich andere als *Trittbrettfahrer* (englisch „free rider“). Sie profitieren von den Bemühungen Dritter, tragen selber aber nichts bei. Kein Wunder, wenn da auch den Musterschülern die Lust vergeht.

Wir steigern das Bruttosozialprodukt

Wenn Sie jemanden auf der Straße fragen, worum es bei Wirtschaft geht, ist die Antwort nicht selten: „ums Bruttosozialprodukt“. Auf Nachfrage was genau dahinter steckt, wird es schon schwieriger: „Na, alles halt.“ Dies ist jedoch keine schlechte Antwort. Denn mit dem Bruttosozialprodukt und ähnlichen Konzepten wird versucht, den Wert der Wirtschaft für uns Menschen zu erfassen. Neben fast jedem BWL-Studenten beschäftigen sich hunderte Statistiker in aller Herren Länder mit der „*Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung*“. Vor lauter Definitionen und Mathematik darf man aber nicht den Blick für das Wesentliche verlieren. Dies ist die eigentliche Kunst in diesem Gebiet.

Obwohl das Bruttosozialprodukt (BSP) im deutschsprachigen Raum der wohl bekannteste Begriff ist, steht er in Politik und Forschung nicht im Fokus. Tatsächlich wissen viele Politiker nicht einmal, dass BSP offiziell durch den Begriff *Bruttonationaleinkommen* (BNE) ersetzt wurde. Da das BNE die Wirtschaftsleistung nur der *Staatsbürger* misst und Ausländer ignoriert, geht das Konzept an der politischen Realität vorbei. Denn Politik wird für alle Menschen im Land gemacht; das wirtschaftliche Wohlbefinden aller Einwohner zählt. Daher wird heute vor allem das *Bruttoinlandsprodukt* (BIP) diskutiert. Das BIP misst die Wirtschaftsleistung eines *Landes*, egal welchen Pass die Menschen dort besitzen.

Im BIP enthalten ist traditionell alles, was einen *Preis* hat. Denn nur Geldeinheiten können verglichen und aufaddiert werden. Der Haarschnitt vom Friseur trägt genauso zum BIP

bei, wie der Neubau eines Kraftwerks oder der darin produzierte Strom. Die Höhe des Preisniveaus ist dabei allerdings egal. Wie bei den Überlegungen zur Wohlfahrt, geht es auch beim BIP um die produzierten *Mengen* und die *Qualität* der Güter. Stellen Sie sich vor, die Preise auf den Rohstoffmärkten brechen ein und es fängt eine große Rabattschlacht auch bei fertigen Gütern an. Gemessen in den dann fallenden Preisen, würde die Wirtschaftsleistung zurückgehen, obwohl genauso viel produziert und verkauft wird. Daher wird das BIP nicht in den aktuellen „nominalen“ Preisen, sondern immer „*real*“ gemessen. D. h., die Bewertung der Güter erfolgt zu festen Preisen eines Basisjahres. So beeinflussen nur noch Mengenänderungen das BIP.

Die Wirtschaftsleistung kann aus drei verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Naheliegend ist es, die *Entstehung* des BIP zu untersuchen. Wer erstellt die Güter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft? Genauso errechnet sich das BIP aber auch aus der *Verteilung* der Güter und Dienstleistung. Wer bekommt was? Aus der Verteilungsrechnung ergibt sich logisch die dritte Betrachtungsweise – die *Verwendung*. Denn Güter und Dienstleistungen werden nicht nur erstellt und auf die Menschen verteilt, sondern auch zum Konsum oder zum Sparen genutzt. Da es sich um drei Perspektiven auf eine Sache handelt, muss am Ende natürlich in allen Fällen das gleiche BIP rauskommen.

Die Entstehungsrechnung des BIP ist sehr einfach. Sie addiert lediglich die Preise aller Güter und Dienstleistungen auf, die in einem Jahr produziert werden. Ein wichtiges Prinzip ist jedoch zu beachten: Es wird immer nur der *Mehrwert* genom-

men – sonst zählt man doppelt! Wenn also ein Landwirt für 100 € Korn an einen Müller verkauft, der daraus für 200 € Mehl an einen Bäcker verkauft der dann für 300 € Brot verkauft, so beträgt das BIP genau 300 €. Jeder hat auf seiner Produktionsstufe 100 € Mehrwert geschaffen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass sich das BIP nur aus der Summe der *Endprodukte* ergibt. Zwischenprodukte werden nicht betrachtet, da sie bereits in den Preisen der Endprodukte enthalten sind. Am Rande ist noch eine Besonderheit zu erwähnen, die sich aus produktbezogenen Steuern wie der Mehrwertsteuer ergibt. Solche Steuern (abzüglich möglicher Subventionen) sind Teil der Marktpreise und werden daher im BIP mitgezählt. Wenn Sie diese weglassen, spricht man von der Bruttowertschöpfung.

Die Verteilungsrechnung des BIP ist komplizierter. Grundsätzlich muss der gesamte Wert der Produktion verteilt werden, allerdings abzüglich der Vorleistungen. Auch hier würde sonst doppelt gezählt. Man muss sich also überlegen, wofür ein Unternehmen außer für Vorprodukte und Dienstleistungen sein Geld ausgibt. Der größte Kostenblock – normalerweise 50-60 % des BIP – entfällt auf *Arbeitnehmerentgelte*. Das Pendant sind die *Unternehmensgewinne* von 20-30 %. Dies hört sich einfach an, ist statistisch aber der schwierigste Block, da darin auch sämtliches Vermögenseinkommen enthalten ist. D. h., die Unternehmergewinne sind mit privatem Einkommen vermischt, z. B., wenn Zinsen auf das Tagesgeldkonto gezahlt werden. Unternehmensgewinne und Arbeitnehmerentgelte bilden das Volkseinkommen. Neben dem Volk ist auch der *Staat* im Produktionsprozess mit dabei. Er schlägt über

Produktionsabgaben wie die Gewerbesteuer oder Zölle zu – Subventionen werden gegengerechnet. Zusammen landet man beim Nettoinlandsprodukt. Als letzter Block zum BIP fehlen nun noch die *Ersatzinvestitionen*. Denn ein Teil der Produktion muss dafür verwendet werden, die Produktionskapazitäten aufrecht zu erhalten. In der Buchhaltung würde man von Abschreibungen sprechen. Diese machen den Unterschied zwischen netto und brutto aus.

Die Berechnung des BIP anhand der Verwendung der Wirtschaftsleistung ist wieder einfach: Man kann investieren oder konsumieren. *Investitionen* umfassen alle Güter und Dienstleistungen, die aufgewendet werden, um ein zukünftiges Produktionspotenzial zu generieren. Dies können Neu- bzw. Nettoinvestitionen wie der Bau einer Fabrik aber auch Ersatzinvestitionen wie die Überholung einer Maschine sein. Wie im Absatz zuvor gesehen, machen die Ersatzinvestitionen den Unterschied zwischen brutto und netto aus. Der Großteil des BIP – meist 50-70 % – wird jedoch von *privaten Haushalten konsumiert*. Auch den Staat darf man hier nicht vergessen, der nicht selten in gleicher Größenordnung wie die Investitionen konsumiert. Neben Klassikern wie der sozialen Sicherung zählen übrigens auch Rüstungsausgaben zum *Staatskonsum*. Um die Verwendungsrechnung wirklich aufgehen zu lassen, müssen noch Im- und Exporte von Gütern und Dienstleistungen berücksichtigt werden. Denn alles was exportiert wird, kann bei uns nicht mehr verwendet werden. Bei den Importen ist es genau andersherum. Daher wird zu Investitionen und Konsum noch der *Außenbeitrag* (Exporte minus Importe) addiert.

Anhand des BIP wird gerne die Wirtschaftsmacht verschiedener Länder verglichen. Wann hat China die USA als bedeutendste Wirtschaft der Welt überholt? Eine einfache Frage, auf die es allerdings keine genaue Antwort gibt. Vom zu benutzenden *Wechselkurs* bis zu vielen Details der Berechnung gibt es verschiedene Meinungen. Wie beispielsweise soll *Schwarzarbeit* berücksichtigt werden? Sie wird nicht offiziell gemessen, kann aber je nach Land einen erheblichen Teil des Wirtschaftslebens ausmachen. Auch *Qualitätsverbesserungen* bei gleichem Preis werden nur selten zum BIP addiert. Insbesondere wird das BIP durch die zunehmende Bedeutung von IT und *Digitalisierung* verzerrt. Der Umsatz der Musikindustrie z. B. ist mit der Digitalisierung deutlich zurückgegangen, während der Zugang der Menschen zu Musik drastisch gestiegen ist. D. h., BIP runter, Nutzen rauf. Genauso werden *unentgeltliche Leistungen* nicht berücksichtigt. Gehört die Erziehungs- und Betreuungsleistung der Großeltern nicht auch zum BIP? Nach der gängigen Definition könnte man das BIP auch dadurch steigern, dass man jeweils beim Nachbarn gegen Entgelt kochen und putzen geht. Leckerer und sauberer würde es dadurch zwar nicht, die Wirtschaft wäre aber gewachsen. Natürlich werden die Effekte struktureller Unterschiede im Zeitablauf und zwischen Ländern abgeschätzt. Wirklich vergleichen kann man das BIP jedoch nur für einen relativ engen Zeitraum. Zudem muss zwischen verschiedenen Ländern die unterschiedliche Einwohnerzahl berücksichtigt werden. Am Ende zählt nämlich das, was pro Person vorhanden ist. Daher ist für vergleichende Zwecke das *BIP pro Kopf* am besten geeignet. Japan hatte lange Zeit eine stagnierende und zuletzt

fallende Einwohnerzahl. Dadurch hat sich das BIP pro Kopf in den vergangenen Jahrzehnten im Durchschnitt ähnlich gut wie das der USA entwickelt – trotz der in den Medien immer wieder thematisierten Rezessionen und Wachstumsschwäche Japans. Das positive wirtschaftliche Bild was man von den USA in den Medien bekommen hat, muss also in Relation zur steigenden Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum gesehen werden.

Aber selbst wenn man auf das BIP pro Kopf schaut, bleibt oft ein gewisses Unbehagen – gerade bei nicht Wirtschaftswissenschaftlern. Die große Frage dahinter: Misst das BIP das Richtige? Was zählt wirklich? Liebe, Gesundheit, Freunde, Erfolg, Macht? Geld taucht nur bei wenigen Menschen als wesentlicher Faktor auf. Wie passt es da, dass es beim BIP einzig und alleine ums Geld geht? Zunächst einmal kann zur Beruhigung der Statistiker eines gesagt werden: Geld steht für all jene Dinge, die es seinem Besitzer ermöglicht. Die im BIP enthaltenen Preise zeigen zudem Knappheit gut an. Dies geht auch in die richtige Richtung. Allerdings wurde schon in Kapitel 2 diskutiert, dass eigentlich unser Nutzen gemessen werden sollte. Stellen Sie sich vor, zwei Länder wenden die gleichen Ressourcen für ihr Fernsehprogramm auf. In einem Land mag es die Menschen hoch erfreuen, während es im anderen nur Gähnen verursacht. Im BIP sieht man diesen Unterschied nicht.

Ein anderes Problem der BIP-Messung sind „*negative*“ *Wirtschaftsleistungen*. Denn gemessen wird alles, was einen Preis hat – vollkommen egal, ob wir es überhaupt haben wollen. Stellen Sie sich vor, eine Müllhalde verseucht das Grundwasser und muss aufwendig saniert werden. Das BIP steigt

dadurch um viele Millionen. Viel besser wäre es, anstatt der Aufräumarbeiten in der Sonne zu liegen (BIP niedriger) oder etwas Sinnvolleres wie die Entwicklung einer neuen Recyclingtechnologie zu verfolgen (gleiches BIP). Falls Sie sich schon einmal gefragt haben, „Wie kann *ich* das BIP steigern?“, dann haben Sie nun einen Denkanstoß. Wie wäre es denn mit einem Autounfall? Möglichst mit vielen Verletzten! Rettungsdienst, Polizei, Krankenhaus, Gutachter, Anwalt, Werkstatt, Versicherung – da brummt die Wirtschaft! Mit Arbeiten könnten Sie das BIP nie so stark steigern.

Wie man anhand der verschiedenen Beispiele sieht, sollte das BIP nur als Indikator für unser wirtschaftliches Wohlergehen genutzt werden. Moderne Ansätze wie der „*Genuine Progress Indicator*“ (GPI) ziehen negative Effekte, insbesondere Umweltschäden, von der Wirtschaftsleistung ab. Um unser gesamtes Wohlergehen zu erfassen, ist allerdings ein noch fundamentalerer Blick notwendig. Politische Rahmenbedingungen, Gesundheit oder die gefühlte Sicherheit der Menschen sollten berücksichtigt werden. Befürworter der Kernenergie argumentieren gerne über die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Technologie, vergessen jedoch dabei Millionen von Menschen die vor Kernenergie Angst haben. Auch die Spreizung von Arm und Reich in einem Land (statistisch gemessen anhand des Gini-Koeffizienten) hat einen erheblichen Einfluss auf das Wohlergehen. Die Armen sind unglücklicher als die Reichen glücklich. Weitgehende Konzepte zur Messung des Wohlergehens beziehen daher auch Dinge wie Zufriedenheitsumfragen, Lebenserwartung oder Bildungsgrad mit ein.

Eine der bekanntesten Messzahlen ist der *Human Development Index* (HDI), welcher neben dem BIP auch Bildung und Lebenserwartung berücksichtigt. Tatsächlich zeigen sich im Vergleich zum BIP einige Unterschiede in Rangfolge und Abstand der Länder. Während viele Golf-Staaten nach Pro-Kopf BIP weit vorne sind, stehen sie aufgrund schlechter Bildungskennzahlen im HDI weiter hinten. Vergleichsweise ärmere Länder, wie Neuseeland, schaffen es dagegen im HDI weit nach vorne. Auch wenn der HDI theoretisch eine bessere Mess- und Steuerungsgröße für die Politik eines Landes ist, so konnte er das BIP bisher nicht annähernd als führende Größe gefährden. Einerseits haben solche alternativen Ansätze ein höheres Level an Subjektivität, da nicht alle Einflussgrößen so klar wie die im BIP enthaltenen Preise gemessen werden können. Andererseits treten Sie gegen ein über viele Jahrzehnte bewährtes Konzept der Wirtschaftspolitik an. Hier bedarf es wohl auch in der Politik einmal einer guten Portion Unternehmergeist, bis sich ein größeres Land vom BIP als Messgröße des wirtschaftlichen Wohlergehens verabschiedet.

•

Kritische Stimmen behaupten, das BIP werde immer die Messlatte bleiben, solange wir sklavisch am Wachstum hängen. In der Tat geht es in fast jeder wirtschaftspolitischen Diskussion irgendwo um Wachstum bzw. konkreter um *Konjunktur*. Während Konjunktur in den Medien vereinfacht als Veränderung des BIP dargestellt wird, steckt in der VWL ein nuanciertes Konzept dahinter. Konjunktur beschreibt die Auslastung des *Produktionspotenzials* der Wirtschaft im Zeitablauf. Saisonale Effekte wie ein Rückgang der Bauwirtschaft im Win-

ter sollten dabei genauso wie langfristige Technologie-Trends wie z. B. der Verbrennungsmotor oder das Internet ausgeblendet werden. Fokus der Konjunkturanalyse ist nämlich, wie Wirtschaftspolitik mittelfristig die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes stabilisieren kann.

Typischerweise durchläuft die Konjunktur einen *Zyklus*. Im *Aufschwung* herrscht positive Stimmung; die Kapazitätsauslastung steigt und neue Jobs werden geschaffen. Im folgenden *Boom* herrscht Euphorie; die Kapazitäten sind ausgelastet und Arbeitslosigkeit ist kaum ein Thema. Doch Überinvestitionen und steigende Zinsen führen zur *Rezession*. Die Stimmung kippt; durch unterausgelastete Kapazitäten entstehen Verluste, die Arbeitslosigkeit steigt deutlich während das BIP leicht fällt. Gelingt es hier nicht gegenzusteuern, kann die Wirtschaft in eine *Depression* fallen. Die Menschen haben Angst; Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Verfall bestimmen das Bild.

Im einfachen Marktmodell ist eigentlich gar kein Platz für Konjunktur. Der Preis führt immer zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage, so dass die wirtschaftliche Kapazität immer ausgelastet sein sollte. Liegt kein „*externer Schock*“ wie eine Naturkatastrophe vor, ist Konjunktur demnach Ausdruck von Marktbeschränkungen, insbesondere von zu hohen Löhnen. Vertreter dieser Sichtweise fallen in das *neoklassische* bzw. angebotsorientierte Lager. Im Mittelpunkt der Konjunkturpolitik – wenn man überhaupt davon sprechen kann – stehen strukturelle Themen wie z. B. der Abbau von Regulierung und die Erhöhung von Leistungsanreizen. Ein aktives Eingreifen des Staates in die Wirtschaft bringe hingegen nichts, da

die heutigen Mehrausgaben für die Menschen eine zukünftige Mehrbelastung bedeuten, die heute schon im Verhalten berücksichtigt wird.

Der neoklassischen Sichtweise steht die *nachfrageorientierte* Theorie entgegen, welche oft mit dem Ökonomen John Maynard Keynes verbunden wird. Nach dieser Theorie kann die Wirtschaft eine Abwärtsdynamik entwickeln, wenn alle negative Erwartungen haben. Eine automatische Erholung ist nicht garantiert, da auch Gleichgewichte bei Unterauslastung der Kapazitäten und Arbeitslosigkeit entstehen können. Um dies zu verhindern, sollte Konjunkturpolitik *antizyklisch* erfolgen. Im Boom werden Mittel angespart, mit denen im Abschwung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gesteigert werden kann. Konkret geht dies durch Steuersenkungen und höhere Staatsausgaben, welche gezielt kurzfristig zu einer höheren Nachfrage führen. Dadurch kommt es zu einem positiven *Multiplikator-Effekt*. Zusätzliche Staatsausgaben für die Reparatur einer Straße führen schließlich nicht nur beim Bauunternehmen, sondern auch bei dessen Zulieferern zu mehr Nachfrage, was wiederum positive Auswirkungen auf viele anderen Wirtschaftsteilnehmer hat. Wenn möglich, sollte der Staat neben solchen fiskalpolitischen Maßnahmen auch geldpolitisch eingreifen und temporär für ein unerwartet niedriges Zinsniveau sorgen.

An dieser Stelle könnte man sich nun intellektuell die Köpfe einschlagen. Machen wir aber nicht. Beide Positionen haben ihre Berechtigung. Eine Stärke der angebotsorientierten Sichtweise ist der Fokus auf der Beseitigung struktureller Marktbeschränkungen. Nachfrageorientierte Modelle hinge-

gen beziehen als zentrales Element Stimmungslage und imperfekte Erwartungen mit ein – eine realistische Annahme. Wie auch immer der wirtschaftspolitische Ansatz lautet: Konjunktur ist furchtbar schwer zu steuern. Insbesondere drohen durch lange Entscheidungs- und Wirkungswege Zeitverzögerungen (englisch „*time lags*“). So wirkt der für die Rezession gedachte Konjunkturimpuls bisweilen erst im Aufschwung oder gar erst im Boom; die Konjunkturschwankungen werden größer anstatt kleiner. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist es daher hilfreich, *automatische Stabilisatoren* zu haben. An den Lohn gekoppelte Sozialversicherungsbeiträge, wirken automatisch antizyklisch. Fallen Arbeitsplätze weg oder sinken die Löhne, so nehmen die Sozialversicherungen weniger ein. Gleichzeitig aber steigen tendenziell deren Ausgaben. Die Lücke ist kurzfristig aus dem Staatshaushalt zu decken.

Wachstumsdifferenzen

Konjunktur ist ein Dauerbrenner in den Wirtschaftsnachrichten: 1,3 Prozent; 2 Prozent; 0,3 Prozent – so sieht es mit dem Wachstum in vielen entwickelten Volkswirtschaften aus. Ein Blick in den Unternehmensteil der Zeitung zeichnet dagegen ein anderes Bild: 6,7 %; 15 %; 3,2 %. Achten Sie einmal darauf! Einzelne Unternehmen wachsen anscheinend immer schneller als die Volkswirtschaft. Aber warum?

Dahinter stecken zwei wesentliche Gründe. Zunächst einmal schaffen es besonders die aufsehenerregenden Zahlen in die Nachrichten, während eher stabile Teile der Volkswirtschaft

unerwähnt bleiben. Zudem gibt es einen systematischen Grund: Unternehmen berichten ihr Wachstum nominal, also inklusive Inflation. Konjunktur hingegen ist real, d. h., Inflation spielt hier keine Rolle. Vereinfacht gesprochen zählt beim BIP nur die Menge, während die Unternehmen auch Preiserhöhungen als Wachstum angeben.

Die Diskussion von Konjunkturpolitik zeigt interessante Perspektiven auf. Aber eine Frage beantwortet sie nicht: Warum geht es eigentlich immer um Wachstum? Ein fundamentaler Grund wurde bereits an verschiedenen Stelle in diesem Buch genannt: Menschen streben aus ihrer *Natur* heraus nach mehr – Stillstand ist keine Option. Mit Unternehmergeist wollen wir etwas bewegen. Wettbewerb ist ein tief verankertes Prinzip. Es ist das Wachstum, welches unseren materiellen Lebensstandard steigert. Genauso wie die Beantwortung einer Frage oft viele neue Fragen aufwirft, multipliziert sich auch das Wachstum. Die Entwicklung des PCs beispielsweise zog ganze Wirtschaftszweige für Software, Peripherie, PC-Kurse und selbst spezielle Möbel nach sich.

Ein weiterer zentraler Grund ist eher praktischer Natur. Durch die hohe *Produktivität* ist in entwickelten Volkswirtschaften Arbeit der teuerste Produktionsfaktor. Gerade in etablierten Wirtschaftszweigen besteht daher latenter Druck, Mitarbeiter zugunsten von Technik und Automatisierung abzubauen. Obwohl das BIP dadurch nicht sinkt, gehen so Arbeitsplätze verloren. Durch Wachstum können neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auf solche Argumente wird bisweilen zynisch erwidert, dass wir ohnehin in den kommenden Jahren an die Grenzen des Wachstums stoßen werden. Überbevölkerung und Ressourcenknappheit werden uns schon bald zu einem radikalen Kurswechsel zwingen. Aber hat Wachstum wirklich *Grenzen*? In einzelnen Bereichen werden ständig Wachstumsgrenzen erreicht, z. B. beim Abbau von Kohle in einer Region oder bei der globalen Expansion einer Baumarktkette. Die Menschheit als Ganzes konnte allerdings bisher nicht vom Jahrtausende währenden Wachstumspfad abgebracht werden. Wachstumsbefürworter stellen also fest: Unwahrscheinlich, dass wir gerade heute an die Wachstumsgrenze stoßen. Überbevölkerung ist aus einer anderen Perspektive lediglich Unterentwicklung. Mit besserer Technologie und angepassten Gesellschaftsformen können sehr viele Menschen würdig miteinander leben. Ressourcen waren schon immer knapp und es ist nur eine Frage des Ressourcen-Managements, wie wir damit umgehen. Steigende Preise lenken uns automatisch in Richtung eines nachhaltigeren Ressourcenumgangs.

Sie sehen, über das Thema lässt sich trefflich streiten. Aber egal wie Ihre Meinung sein mag, es gibt eine gute Nachricht: *Fortschritt* geht immer – auch ohne ein steigendes BIP! Wenn bei gleichen Preisen und Löhnen weniger gearbeitet wird und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen steigt, dann geht es uns allen besser. Das BIP ist unverändert. Das gleiche gilt, wenn wir unseren Reichtum besser verteilen. Beispielsweise durch die Verringerung von Arbeitslosigkeit oder durch von allen als fair empfundene Sozialsysteme.

Der Giftschrank

Das naturgegebene Streben des Menschen nach Wachstum ist eine schöne Erklärung, welcher jedoch jeglicher empirischer Beweis fehlt. Auch die weiter vorne behandelte Maslow'sche Bedürfnispyramide kann nicht als Wachstumsstreben ausgedeutet werden, zumal schon in den einführenden Gedanken zu diesem Buch die Auffassung vertreten wird, der Mensch sei von Natur aus faul und handle eigennützig. In den Ausführungen zur Personalwirtschaft wird daher dann auch nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Motivation hingewiesen, die es ermöglichen soll, die möglichst optimale Leistung des Mitarbeiters zum möglichst günstigen Preis zu erhalten.

Andererseits haben wir im letzten Abschnitt klar und deutlich erfahren, dass Fortschritt auch ohne Wachstum möglich ist. Dem kann hinzugefügt werden, dass Fortschritt und wachsender Wohlstand unter Umständen sogar bei negativem Wachstum möglich ist, wozu neue, preiswerte Technologien oder vielleicht ein unbegrenzter Zugriff auf nahezu kostenlose Energiequellen führen könnten. Doch das ist spekulativ.

Einfacher ist es, im Gedankenexperiment die vorgetragenen Quellen des Wachstums zu eliminieren. Das heißt, die Menschen sind mit einem einmal erreichten Standard zufrieden, Produktivitätsfortschritte werden durch Arbeitszeitverkürzung kompensiert – und kein mutiger, leidenschaftlicher Unternehmer tritt auf die Szenerie, um Wachstum zu schaffen. Wäre der „Wachstumszwang“ dann überwunden?

Sicherlich nicht! Neben allem menschlichen Streben nach Verbesserung der Lebensumstände muss eine bisher nicht be

nannte Einflussgröße berücksichtigt werden, nämlich das vom Unternehmen eingesetzte Fremdkapital.

Nur weltfremde Esoteriker oder hartgesottene VWL-Professoren tragen im Brustton der Überzeugung vor, sämtliche Zinserträge würden ständig und noch dazu periodengerecht in Form von Konsum und realwirtschaftlichen Investitionen der Gläubiger (also nicht durch neuerliche Kreditvergabe!) wieder in die Wirtschaft zurückfließen. Wir wissen, dass stattdessen eine zunehmende Vermögensakkumulation stattfindet, was zur Folge hat, dass die realwirtschaftlich verfügbare Liquidität durch Sparvorgänge verkürzt wird.

Die weitere Folge ist, dass das BIP des Jahres X im Jahr X+1 nicht mehr erreicht werden kann, weil die dafür notwendigen Handelstransaktionen – bei gleichbleibendem Preisniveau – nicht mehr vollständig erfolgen können, schlicht, weil der potentiellen Nachfrage die Liquidität fehlt, was folgerichtig als „Deflation“ bezeichnet wird.

Die wichtigste Quelle zum Ausgleich der Liquiditätslücke ist die Netto-Neuverschuldung. Zusätzliche Kredite werden Unternehmen allerdings nur gewährt, wenn diese der Bank gegenüber glaubhaft versichern, dass diese Kredite dazu dienen, Umsatz und Gewinn zu steigern. Da sich dieses Spiel über die gesamte Volkswirtschaft (und – Export! – auch darüber hinaus) in den Jahren X+2, X+3, X+4, ad Infinitum, auf jeweils etwas höherer Basis und unumkehrbar wiederholt, ist der unter dem menschlichen Streben nach Wachstum liegende Wachstumszwang in diesem Prozess zweifellos identifiziert. Irgendwann sind die Unternehmen alleine damit aber überfordert. Solange der Staat mithilft, die notwendigerweise wachsende

Schuldenlast zu schultern, und solange die Gläubiger bereit sind, diesem Jahr für Jahr Um- und Neuverschuldung zu gewähren, können mit dem BIP auch Vermögen und Verschuldung weiter wachsen.

Treten die Gläubiger jedoch in den Streik (Griechenland und weitere EU-Südstaaten), oder tritt der Staat auf die Schuldenbremse (Deutschland), wird der Liquiditätsmangel wieder sichtbar. In den Südländern als wirtschaftliche Katastrophe, in Deutschland durch wachsendes Prekariat trotz eines immer noch zu verzeichnenden (Export-) Wachstums.

Vorsicht. Gift. Weiterdenken gefährdet die Karriere!